

Meldungen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht

Farakka Vertrag - Erste Ernüchterung

Nur drei Monate nach Unterzeichnung des Farakka-Vertrages (siehe dazu auch 'Südasien', 1/97) werden bereits Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit laut. Nach einem Bericht der bangladeschischen Wochenzeitung 'Holiday' erhielt Bangladesh entgegen den Vertragsbestimmungen zwischen dem 1. und 10. März nur etwa 18.000 bis 25.000 'cusecs' Wasser aus dem Ganges; vorgesehen sind 35.000. Die indische Seite habe, so 'Holiday', die Messungen an der 'Hardinge Bridge' bestritten. Die Regierung in Dhaka wolle sich derzeit noch ruhig verhalten und lieber "quiet diplomacy" betreiben. Zur Zeit besteht jedoch noch keine Gefahr für das Ganges-Kobadak Bewässerungsprojekt. Weite Landesteile im Nordwesten und Südwesten leiden allerdings - wie im Grunde in jedem Jahr - unter Wasserknappheit, nachdem viele Nebenflüsse des Ganges bereits ausgetrocknet sind.

In Bangladesh wird - mit Ausnahme der permanent anti-indischen Parolen ausgebenden 'Bangladesh National Party' - derzeit noch nicht am Guten Willen der indischen Unionregierung gezweifelt. Das Problem besteht in den Wasserabnahmen flußaufwärts, Bewässerungsprojekte in Bihar und Uttar Pradesh benötigen viel Wasser. Da nun auch die Gefahr besteht, daß der Hafen von Calcutta nicht mehr genügend Wasser erhält, kann sich möglicherweise die Situation zuspitzen. Die den Farakka-Vertrag gegenüber ablehnend eingestellte 'Congress Party' und die 'Bharatiya Janata Party' fördern diese Entwicklung nach Kräften, um auf diese Weise einen Keil zwischen die beiden Nachbarländer zu treiben und letztlich den Vertrag auszuhebeln.

Der 'Chief Minister' Westbengalens, Jyoti Basu, ließ bislang trotz aller Kompromißbereitschaft keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Vertrag nicht eingehalten werde, falls der Hafen Calcuttas wegen Wassermangels nicht schiffbar gehalten wer-

den könne.

Unterdessen meldet 'Holiday', daß die von der 'Bangladesh Nationalist Party' 1993 begonnene Messung des Oberflächenwassers in bestimmten Gebieten des Landes unterbrochen worden sei. Die damit befaßte Abteilung im 'Water Development Board' habe nicht genügend Gelder erhalten, um die Messungen aufrecht zu erhalten.

Transitvereinbarungen

Bangladesh und Indien haben auf einer Sitzung der "Gemeinsamen Wirtschaftskommission" vereinbart, die Zugverbindung zwischen Benapole (Bangladesh) und Petrapole (Indien) wieder herzustellen, die nach dem indisch-pakistanischen Krieg von 1965 geschlossen wurde. Ferner sollen weitere Grenzverbindungen geöffnet werden, um den wirtschaftlichen Austausch zu beleben. Das Kabinett in Dhaka hat unterdessen seine Zustimmung zu einem Abkommen mit Indien gegeben, das den regelmäßigen Busverkehr zwischen den beiden Ländern sicherstellen soll. Damit sollen u.a. Pilgerfahrten bangladeshi-

scher Bürger erleichtert werden.

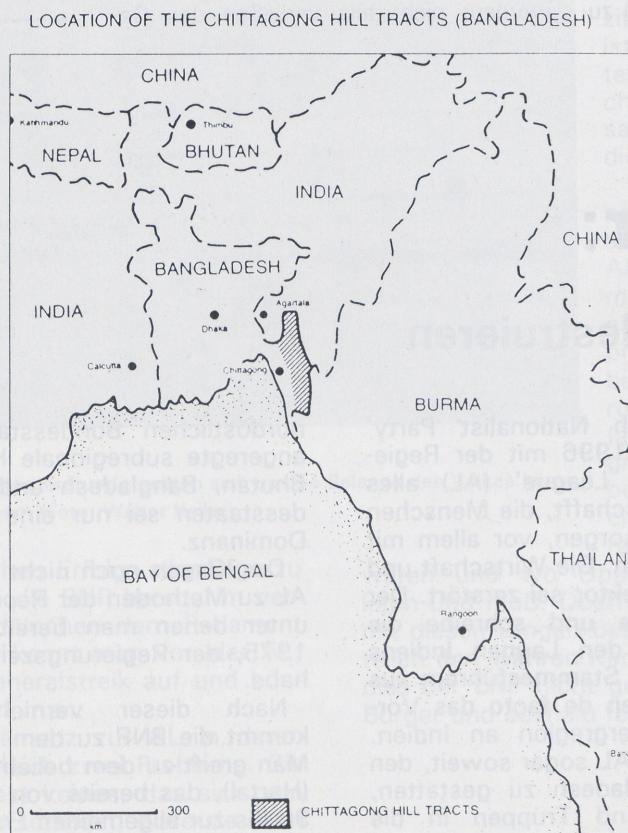
Repatriierung von Flüchtlingen begonnen

Drei Jahre nach dem Ende zweier Repatriierungswellen von im indischen Exil lebenden indigenen Völkern aus den Chittagong Hill Tracts (CHT), passierten Ende März wieder 278 Flüchtlinge, mehrheitlich Chakmas, die über den Feni Fluß führende Holzbrücke zwischen dem indischen Sabrūm (Tripura) und Rangārāh (Khagrachhāri). Der Verhandlungsführer der bangladeschischen Regierung, Abul Hasnat Abdullāh, sowie Vertreter der indigenen Völker waren zu diesem Anlaß ebenso zugegen wie Angehörige der Regierung Tripuras. In den kommenden Wochen sollen weitere rund 6.500 Flüchtlinge folgen, die mehrheitlich seit 1986 in sechs indischen Camps leben (siehe dazu auch den Beitrag von A. Fazl in diesem Heft).

Die neuerliche Repatriierung steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Verhandlungen zwischen dem von der bangladeschischen Regierung im Oktober 1996 eingerichteten 'Nationalen Komitee zu den CHT' und der 'Jana Samhati Samity' (JSS), dem politischen Flügel der 'Shanti Bahini'. Die vom 12. - 14. März stattgefundene letzte Verhandlungsrunde hatte indes nicht den Durchbruch in der für eine Friedenslösung entscheidenden Frage geschafft. Dies betrifft die Rücksiedlung der mittlerweile 500.000 bengalischen Siedler in den CHT zurück ins bengalische Tiefland. Premierministerin Sheikha Hasina hatte dies in einer Rede in Chittagong im März kategorisch ausgeschlossen. Unterdessen ist der seit dem 10. August 1992 bestehende Waffenstillstand ein weiteres Mal um drei Monate bis zum 30. Juni verlängert worden.

Internationale Friedenskonferenz zu den Chittagong Hill Tracts

In der thailändischen Hauptstadt Bangkok fand vom 23.-26. Februar eine internationale Friedenskonferenz zur Situation



der in den CHT lebenden indigenen Völker statt. Die Konferenz, an der 70 Delegierte aus 20 Ländern teilnahmen, identifizierte als Konfliktursachen unter anderem die fehlende Anerkennung der Minderheitenvölker durch die Verfassung, die Anwesenheit einer großen Zahl bengalischer Siedler als Teil der Ansiedlungspolitik der vergangenen Regierungen, eine Militarisierung der CHT sowie das Fehlen einer tragfähigen Autonomievereinbarung für die CHT.

Große Besorgnis herrschte über das weitere Verschwinden von Kalpana Chakma, die bereits im Sommer vergangenen Jahres entführt wurde. Die Konferenz empfiehlt den beiden Streitparteien, der Regierung in Dhaka und den Repräsentanten der 'Jumma people', die 'Jana Samhati Samity' (JSS), die Einladung eines unabhängigen Vermittlers sowie die Einrichtung einer, auch internationale Experten einschließenden, Kommission, um Rehabilitationsprogramme auszuarbeiten, um den jetzt noch in den CHT ansässigen bengalischen Siedlern zu helfen. Letzteres ist bereits von der regierenden 'Awami League' abgelehnt worden. Diskussionen sind derzeit nur in der Frage eines Siedlungsstopps möglich.

Rohingyas zurück nach Myanmar

Ende März verließen unter der Aufsicht bangladeschischer Regierungsvertreter und Mitarbeitern des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) 637 Rohingya-Flüchtlinge Bangladesch und kehrten nach Myanmar (Burma) zu-

rück. Über 22.000 Rohingya-Flüchtlinge halten sich weiterhin im Cox's Bazar Distrikt in Bangladesh auf.

'Special Powers Act' bleibt

"Es stellt sich nicht die Frage, ob der Special Powers Act' (SPA) während unserer Regierungszeit abgeschafft wird, da alle bisherigen Regierungen es als notwendiges Instrument zur Führung der Amtsgeschäfte betrachteten", so Premierministerin Sheikh Hasina Wajed während einer Parlamentssitzung. Das von ihr während der langen Oppositionszeit als "black law" bezeichnete und erst im Januar vom US-Außenministerium in dessen Menschenrechtsbericht 1996 angeprangerte Gesetz ermöglicht es, ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverhandlung eine Person für die Dauer von 30 Tagen festzunehmen, "with a view to preventing him from doing any prejudicial act". Was darunter zu verstehen ist, wird sowohl breit als auch unspezifisch in acht Abschnitten niedergelegt. Allen unter dem SPA inhaftierten Schmugglern, Dieben und Unruhestiftern oder auch Unschuldigen ist gemein, daß ihr Schicksal im Ungewissen liegt.

Das nun unter dem Rubrum "politischer Pragmatismus" ausgegebene Gesetz besteht bereits seit Februar 1974 und wurde in der Regierungszeit des damaligen Premierministers Sheikh Mujibur Rahman, Vater der heutigen Premierministerin, erlassen. Seitdem sind viele tausend Bangladeshi verhaftet worden; nicht alle verließen das Ge-

fängnis wieder lebendig. Zuletzt wurden vier hochkarätige Führer der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter dem SPA verhaftet. Nun spricht die BNP von "jungle law".

Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit

In Anwesenheit der drei Staatspräsidenten Yasser Arafat, Nelson Mandela und Suleyman Demirel begann Bangladesh am 26. März offiziell den 25. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten stand die Einsetzung des "ewiges Lichts" (Sikha Chirantan) im Suhrawardi Park in Dhaka durch Premierministerin Sheikh Hasina. Bereits am 16. Dezember vergangenen Jahres hatten Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit stattgefunden, dies ist der Tag der pakistanschen Kapitulation. Am 26. März 1971 hatte Zia ur Rahman die Unabhängigkeit Ostpakistans erklärt und damit den neun Monate langen blutigen Befreiungskrieg eröffnet.

Grameen Telekom neuer Telekommunikationsspezialist

Seit Ende März ist ein Schwesterunternehmen der bekannten Grameen Bank im Telekommunikationsbereich tätig. 'Grameen Telekom' hat zusammen mit Partnern aus Norwegen, Japan und den USA 'Grameen Phone' ins Leben gerufen, um landesweit Dienstleistungen im Telekommunikationsbereich anbieten zu können.

Kommentar:

Opponieren oder destruieren

Glaubt man der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), so macht die seit Juni 1996 mit der Regierungsrolle beauftragte 'Awami League' (AL) alles falsch. Die AL habe es nicht geschafft, die Menschen mit dem Notwendigsten zu versorgen, vor allem mit Lebensmitteln, Wasser und Strom. Die Wirtschaft und hier insbesondere der Industriesektor sei zerstört. Der Farakka-Vertrag sei eine Farce und schreibe die Abhängigkeit des Landes von den Launen Indiens fest. Die Verhandlungen mit den Stammesführern aus den 'Chittagong Hill Tracts' seien de facto das Vorspiel zur Aushändigung der Bergregion an Indien. Überhaupt Indien: Nun gehe die AL sogar soweit, den Indern den Transit durch Bangladesh zu gestatten, damit sie schneller Waffen und Truppen in die

nordöstlichen Bundesstaaten bringen könnten. Die angeregte subregionale Kooperation zwischen Nepal, Bhutan, Bangladesh und den nordostindischen Bundesstaaten sei nur eine andere Form der indischen Dominanz.

Der Klagen noch nicht genug: Im Inneren greife die AL zu Methoden der Repression und des Terrorismus, unter denen man bereits in den Jahren 1972 bis 1975, der Regierungszeit Mujibur Rahmans, gelitten habe.

Nach dieser vernichtenden Bestandsaufnahme kommt die BNP zu dem Schluß, handeln zu müssen. Man greift zu dem beliebten Mittel des Generalstreiks (Hartal), das bereits von der AL in den Jahren 1994-96 bis zur allgemeinen Erschöpfung eingesetzt wurde.